

# Schweiz ohne Zukunft

**Die Schönreden echolos verhallt, die Jubiläumsbratwürste verdaut, die Festräusche ausgeschlafen, 700 Jahre in den Kamin geschrieben: 1991 ist nur noch Schall und Rauch.**

Jetzt kommt die Ernüchterung: 1992, darin sind sich mindestens die Bundeshäusler, beamtete und gewählte, einig, wird für die Schweiz ein Schicksalsjahr. Nach langem Lavieren wollen sie die Weichen vorsichtig Richtung Europa stellen. Vier zusätzliche Wochen soll das Parlament aufwenden, um die dringenden Gesetzes-Anpassungen vorzunehmen; Hunderte Stunden wird die regierende Mehrheit einsetzen, um aus dem Volk ein Ja zum EWR-Vertrag herauszukitzeln; Millionen von Franken werden sich in Euro-Spots und Inseraten, Aufklärungsschriften und Zukunftsdrucksachen verflüchtigen. Kein Zweifel: Die politische Klasse wird sich ins Zeug legen wie nie zuvor.

Ob die Politiker damit ans Ziel kommen, ist noch nicht auszuschliessen. Dass sie die Zukunft der Eidgenossenschaft so nicht retten, ist schon sicher. «Nur noch wenige Uneinsichtige», meinte der Theologe Hans Küng letztlich in der ETH, «streiten ab, dass die Schweiz in einer tiefen Identitätskrise steckt.» Der Mann täuschte sich. Das Land ist voll von Uneinsichtigen!

Die sitzen nicht bloss unter vergilbten Guisan-Porträts in verrauchten Beizen, sondern auch an einigen Schalthelmen. Selbst Mario Solari, dieser rührende Zeremonienmeister der Siebenhundertjahrfeiern, behauptete am Ende seiner Auftritte allen Ernstes, 1991 habe den Schweizerinnen und Schweizern «neuen Zusammenhalt» gegeben. Anders gesagt: Umfragen liessen ihn glauben, das Jubeljahrpflasterli habe dem Land zu neuer Selbstgewissheit verholfen. Und von allen Seiten schlugen sich die schlimmen Vereinfacher triumphierend auf die Schenkel: Eins zu null

*Die Jubiläumsfeiern «600 Jahre Eidgenossenschaft» boten nicht nur Anlass zu oppositionellen Manifestationen und Boykott, sie regten auch zu emotionalen Erwägungen über die Perspektiven der Eidgenossenschaft an. Auf Einladung des Wirtschaftsmagazins Bilanz beteiligte ich mich gern am zornigen Infragestellen unserer Zukunft in gewohnten Bahnen. Der Text erschien in der Januar-Ausgabe 1992 unter dem Titel: «Wie weit es mit der Schweiz gekommen ist: Ausstieg aus der Geschichte».*

gegen die Miesmacher und Nestbeschmutzer mit ihrem Krisen-Geschwafel!

Es ist genau diese Art dumm-dreister Überheblichkeit, die die Appelle der Küng und Konsorten zu einer «neuen, realistischen Vision», für «geistige Dynamik» so verzweifelt tönen lässt. Denn nicht in erster Linie äusserer Druck («fremde Vögte»), schon gar nicht Eroberer («der Russe») oder innere Feinde («die Linken») bedrohen dieses Land, vielmehr könnte es, vermutete jüngst der liberale Publizist Oskar Reck «durch die Profitgier im eigenen Staat finanziell unterwandert werden». Und traditionelle Behinderungen wie Verböhrtheit und geistige Unbeweglichkeit geben der Eidgenossenschaft den Rest – schneller als alle Pessimisten erwarten.

Fakten gefällig? Da ist zunächst die Rezession mit ihren widersprüchlichen Ingredienzen Arbeitslosigkeit, Teuerung, Wohnungsnot. Die Wirtschaft, durch jahrzehntelange Prosperität verwöhnt, verliert zusehends ihre lukrativen Nischen. Die Welt holt auf. Rationalisierung und erhöhter Leistungsdruck eliminieren Tausende von Menschen aus dem Arbeitsprozess. Der untere Mittelstand, Stütze des sozialen Friedens, droht zu verarmen. Absehbar sind auch die Anpassungsprobleme beim Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum: Änderung der Fremdarbeiter-Politik, weitgehende Abschaffung der Kartelle, Reform der Landwirtschaftspolitik – sowie die Unwägbarkeiten des internationalen Währungssystems, die den bislang harten Franken gefährden könnten. Unruhe droht an allen Fronten.

Für sich allein wirkt keine der Umwälzungen existenzbedrohend. Die Methoden im Umgang mit dieser Art von Schwierigkeiten ist bekannt, das Knowhow zu ihrer Bewältigung ist vorhanden, der politische Diskurs eingeübt. Wie schnell aber das gewohnte Krisen-Management an seine Grenzen stösst, zeigt das Beispiel der Fiskalpolitik. Bei ihrer Neuformulierung wäre eigentlich nicht mehr bloss eine Einigung über ein Bündel von Einzelfragen vonnöten, sondern die Auseinandersetzung über ein Konzept, gar eine ganze Fiskal-Philosophie: Wieviel Geld soll in die Bundeskasse fliessen und wo soll es herkommen? Bürgerliche Politiker und prominente Wirtschaftler verlangen eine Neuorientierung. Statt aus dem Einkommen Einzelner und aus Unternehmensgewinnen soll der Staatsäckel mit Abgaben auf den allgemeinen Konsum gefüllt werden - per Verbrauchssteuer.

Andere verlangen noch mehr: Weil Konsum immer auch Ressourcenverzehr ist, sagen sie, müsste auch der Verbrauch von Luft, Boden und Wasser abgabepflichtig werden. Wetten, dass viele, die jetzt lauthals den Ersatz der Bundessteuer durch eine Mehrwertsteuer fordern, auf einen steuerpolitischen Purzelbaum nicht gefasst sind? Schwierigkeiten hat auch, wer Mehrheiten in der Einwanderungs-, Umwelt-, Verkehrs- und Energie-Politik sucht. Doch bislang war, allen Unkenrufen zum Trotz, auf die eingespielten Lösungsstrategien immer noch Verlass. Selbst im grossen Bereich der Sozialpolitik, wo die Finanzierung der Renten oder die Kosten der Gesundheitspflege böse Bauchweh machen, türmen sich die Schwierigkeiten noch nicht übermenschlich hoch.

Nicht die Einzelprobleme verdüstern die Ausichten, sondern die Tatsache, dass alle Dossiers praktisch gleichzeitig und unter erschwerten Bedingungen zu bearbeiten sind. Zur Illustration: Wie sind Renten und Gesundheitskosten bei stagnierendem Einkommen einer rasch kleiner werdenden Zahl Erwerbstätiger und einer zunehmenden

Überalterung zu finanzieren? Könnte der Zugang junger Arbeitskräfte aus dem Ausland Abhilfe schaffen? Aber: Wo sollten diese Menschen im dicht überbauten Land wohnen? Schlimmer: Gäbe es für sie überhaupt etwas zu tun?

Dass andere Industrieländer ähnliche Probleme haben, ist kein Trost. Denn, anders als die Schweiz, verfügen sie über Entscheidungsmechanismen, die rasche Reaktionen möglich machen. Ihre Institutionen sind auf Veränderung vorbereitet, der Bevölkerung sind politische Schwenker vertraut. Hierzulande sind dagegen Regierte und Regierende stolz darauf, wenn sich möglichst wenig bewegt. Es ist wie bei Lilliputs: Ein bisschen Wind ist schon ein Sturm. Eine Temporeduktion im Kampf gegen den Sommersmog gerät zur Staatsaffäre; die Kritik einer Parlamentskommission an einem Bundesrat läuft als Spitzenmeldung in der Tagesschau; der Vermehrung der Abstimmungstermine von vier auf sechs verweigern die Parteien ihre Zustimmung. Das letzte Beispiel wiegt am schwersten. Denn es signalisiert eine materielle, personelle und intellektuelle Überforderung, die bald auch andernorts sichtbar wird. Das Staats-Management erfordert die immer schnellere Erledigung immer komplizierterer Aufgaben – ohne dass die Zahl jener, die dazu in der Lage sind, zunimmt.

Schon bald werden sich diese Mängel, unter denen ja die Milizorganisation der Armee seit Jahren leidet, auch viele professionelle Organisationen erreichen. Im Fussball schießen Ausländer schon seit Jahren die meisten Tore. Unter sechseinhalb Millionen Einwohnern ist die Zahl der Spitzenköpfe in allen Disziplinen beschränkt – zumal die Anforderungen an Geistesriesen, Kommunikations-Genies und Management-Talente ständig steigen. Viele Bereiche in Wirtschaft, Politik, Bildung und Gesundheit sind erstklassig auf die Dauer nicht in Gang zu halten.

Die ganze Eidgenossenschaft, ihre Institutionen und ihre Bevölkerung – und keineswegs

nur ihre Nomenklatura – ist zudem derart unbeweglich in kleinen Dingen, dass grosse Veränderungen überhaupt keine Chance haben. Nüchtern stellte Nationalratspräsident Hans Rudolf Nebiker Ende November fest, ein EG-Beitritt sei beim Volk nicht durchzusetzen. Einen Erfolg parlamentarischer Überzeugungsarbeit zog er erst gar nicht in Betracht.

So wird der politische Diskurs weiterhin als gemütliche Stammtisch-Runde missverstanden: Wer etwas zu sagen hat, bestätigt seinen Vorredner; neue Ideen werden bloss als Lach- und Spottnummern geduldet. Kein Zufall, dass ein rundum simples Problem wie die Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer als jahrzehntelange Haupt- und Staatsaktion zelebriert wird: Jetzt gilt das Barras-Reformchen gleichzeitig als Durchbruch und als Übergangslösung. Dabei dämmert es den ersten Generälen schon, dass ihre Stellungen dereinst nur zu halten sind, wenn sie sich auf eine allgemeine Dienstpflicht einstellen. Altenpfleger, Naturschützer und Katastrophenhelfer kommandierend.

Mit dem Mangel an Mut und Führungswillen geht in den oberen Etagen des Schweiz-Managements die Unfähigkeit zu konzeptionellem Denken einher. Grossbetriebe, die es zulassen, dass sich die Chefs bei der Bewältigung von Einzelproblemen verzetteln, wären längst von der Bildfläche verschwunden. Unwahrscheinlich deshalb, dass den wirtschaftlichen und politischen Eliten das vielfältige Ungenügen der Staatslenker entgangen ist. Warum lassen sie also die Zweite Liga am Ruder?

Die Antwort ist unoriginell: Die B-Auswahl genügt bislang, weil das Steuerhaus nur eine Attrappe ist. Oder anders: Wo's darauf ankommt, bestimmen andere den Kurs. Für viele Unternehmer, die diesem System – und zweifellos vielen glücklichen Umständen – den grössten Teil ihres Erfolgs verdanken, hat die kleine, ineffizient gemanagte Schweiz längst nur noch geringes Gewicht. Der Ausbruch aus der Enge der Heimat war für Wirt-

schafter, die im Konkurrenzkampf bestehen wollten, schon vor Jahren eine Überlebensfrage. Gleichwohl ist ihnen die Eidgenossenschaft nicht egal. Sie schätzen ihre Stabilität, die Qualität der Dienstleistungen, die überschaubaren Verhältnisse wie Grossstädter, die sich gelegentlich gern in ein nettes Wochenendhaus in einem properen Dorf zurückziehen.

Das erklärt, warum der Druck der Wirtschaft in der Europa-Diskussion bisher so bescheiden ist. Bankiers und Chemie-Industrielle, Maschinenbauer und Uhrmacher können sich mit jeder Europa-Politik arrangieren. Wäre es anders, müsste der Industrielle Christoph Blocher als Politiker schon lange auf sein reaktionäres Kontrastprogramm und sein genüssliches Zündeln mit populistischen Parolen verzichten.

Selbstverständlich ist die mediokre Besetzung der Polit-Hauptrollen weniger ein abgekartetes Spiel der wirtschaftlich Mächtigen, als die Folge einer traditionellen Skepsis gegenüber allen Überdurchschnittlichen. «Die irgendwie Herausragenden, nicht nur die Nestbeschmutzer und Kritiker, sondern auch Neuerer aller Art, klagte letztes Jahr das freisinnige Kraftpaket Ulrich Bremi, «haben es schwer in diesem Land.» Wie schwer, erlebt der engagierte Politik-Erneuerer zur Zeit selbst: Sein Lieblingsprojekt, die Reform von Parlament und Regierung, Voraussetzung jeder Überlebensstrategie, ist durch Kleingeister und yuppiehafte Gambier in Gefahr.

Doch Bremi und andere bürgerliche Reformer sollten sich nicht wundern: Allzu lange haben sie im Schmierentheater namens Konkordanz mitgemischt. Sie tragen Mitverantwortung für die pathologische Konfliktscheu und die reflexartige Abwehr aller nonkonformen Ideen, sie haben Mitschuld, wenn die Mehrheit nach jahrzehntelanger Entwöhnung jede Neuerung als Bedrohung empfindet.

Hätten ihre Vorfahren 1848 so politisiert, wäre der Bundesstaat nie zustande gekommen –

eine Konstruktion, die den erfolglosen bürgerlichen Revolutionären ganz Europas als leuchtendes Vorbild erschien, eine Insel der Demokratie inmitten eines Meeres der Reaktion. Politische Kämpfe und Experimente gehörten damals zum Alltag, die Eroberung immer neuer Volksrechte erregte die Gemüter während Jahrzehnten. Dazu gab es Auseinandersetzungen um soziale Fragen. Die wilde Phase der modernen Eidgenossenschaft endete erst 1918, kurz vor dem gescheiterten Landesstreik, mit der Zustimmung zur Proporzwahl des Nationalrats. Nun konnte die Linke ihre politische Präsenz entsprechend ihrem stark gewachsenen Wähleranteil verstärken, sah sich aber in die Verantwortung eingebunden. Das Konzept der Domestizierung der Unruhestifter bewährte sich in den dreissiger Jahren, als die Sozialdemokraten angesichts faschistischer Bedrohung den Rüstungskrediten zustimmten und die Gewerkschaften begannen, mit den Arbeitgebern «Friedensabkommen» zu schliessen. Das brachte den ersten handzahmen Sozi in den Bundesrat. Und 1948, hundert Jahre nach der Gründung, krönte die AHV das Staatswerk.

Damit war die Dynamik von 1848 erschöpft, das Modell Schweiz grosso modo vollendet. Spätere Veränderungen und Verbesserungen kamen nur noch auf äusseren Druck zustande oder betrafen Details. Eigenständige Problemlösungen gab es keine mehr. Die Politik, bestimmt durch Wohlstandsmehrung und Kalten Krieg, beschränkte sich auf das Verwalten und Schützen des Vertrauten und Bewährten. Parallel zur politischen Vollendung erfolgte die materielle Ausstattung des Landes mit Strassen, Bahnen, Häusern und Fabriken so gründlich, dass jetzt alles zugebaut ist; Platz für Erweiterungen gibt es nur noch ausnahmsweise. Die Kraft der Grünen und das angeblich so hoch entwickelte Umweltbewusstsein des Volkes sind wohl eher die Folge des eng gewordenen Lebensraums als die Frucht grundlegenden Umdenkens.

Nach 1968 regten sich auch im bürgerlichen Lager die Erneuerer. Solange die Wirtschaft florierte, liess man sie gewähren – allzeit scharf beobachtet, wie wir heute wissen. Das war die hohe Zeit der Verfassungsrevisions-Experten und Gesamtkonzeptionen. *Tempi passati, Schublade zu!*

Vorbei auch die Jahre zaghafter Reformen im Bildungswesen. Aargau, Luzern und Tessin wollten eigene Universitäten gründen, an mehreren Orten gab es Gesamtschulversuche und die Gemeindeverwaltungen von Ostermundigen und Binningen übten in ihrem Schriftverkehr frech die «gemässigte Kleinschreibung».

Zwischen Ölschock-Rezession und Kopp-Skandal hat die politische Schweiz den Anschluss verpasst – im Gegensatz zu grossen Teilen der Wirtschaft, die schmerzhaft aber für ihre Prosperität erfolgreiche Reformen durchpeitschten. Auch in den Köpfen. Wie das geht, führt ausgerechnet Sandoz vor: Der Basler Chemie-Konzern ist daran, seine Erfahrungen bei der Bewältigung seiner Brandkatastrophe von Schweizerhalle zum Geschäft zu machen. In Ostdeutschland gründete er eine Firma zur Reinigung chemisch verseuchter Böden.

Politiker haben eine längere Leitung. Erst mit dem Abgang der ersten Bundesrätin und den nachfolgenden Affären und Skandalen trat die Krise in ihr Bewusstsein. Dabei hatte die Krankheit, die jene ekelhaften Eiterbeulen hervorbrachte, lange zuvor begonnen: Der Fichenwahn war kein unverständlicher Fehltritt der Staats-Schnüffler, sondern die konsequente Umsetzung der Urangst vor politischer Veränderung in polizeiliche Massnahmen. Die weitherum bejammerte Passivität bei der Verfolgung von Geldwäscherei, Wirtschaftsverbrechen und Waffenhandel ist keine unheimliche Panne, sondern Folge der Reduktion der eidgenössischen Demokratie auf eine blosse Wohlstands-Verwaltung.

Dabei ging, wen wundert's, nicht nur die politische Kultur flöten, sondern auch der ohnehin künstliche nationale Kitt. Wer heute in Genf und Basel, Bellinzona oder St. Gallen nachfragt, was es denn sei, das die Mitbürgerinnen und Mitbürger zu Schweizern mache, wird von nichts als Äusserlichkeiten hören - «mein Dialekt», «mein roter Pass», «mein Bankkonto». Da ist nichts mehr von der Vision eines Bündnisses aller Gutgesinnten, die Henry Dunant mit dem CVJM, dem Roten Kreuz und anderen Organisationen verwirklichen wollte; kein Rest auch vom vernunftgeleiteten, den höchsten bürgerlichen Idealen - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - verpflichteten Patriotismus Gottfried Kellers; und schon gar nichts von der verzweifelt-hartnäckigen Friedens-Militanz Max Dätwylers, des ruhelosen Aktivisten mit der weissen Fahne.

Nein, die Schweiz, wie sie ist, kann nicht gerettet werden. Wozu auch? Auch im Wirtschafts-Alltag wird akzeptiert, dass erstklassige Produkte verschwinden, wenn sie überholt sind. Aber auch die Schweiz wie sie sein könnte, hat keine Chance mehr. Als selbstbewusste, multikulturelle, fortschrittliche Willensnation, einmalig dank den Mitwirkungsrechten ihrer Bürgerinnen und Bürger, vielgestaltig dank jahrhundertelanger föderalistischer Erfahrung, geübt in der Rücksichtnahme auf Minderheiten und geprägt von humanitären Traditionen hat die Eidgenossenschaft höchstens noch bei festredenden Mythen-Beschwörern Bestand. Wer das bezweifelt, sollte sich überlegen: Wo sind jene zu finden, die sich in dieser real existierenden Sonntagsdemokratie für jene hehren Staatsziele ins Zeug legen? Wo wirkt ein Wille auf eine radikale Neuorientierung hin? Was zwingt alle Schichten und alle Landesteile in eine Debatte über die Zukunft dieser Republik?

Gewiss: Mancherorts gibt es kleine, überraschende und mutige Ansätze Kommunikationszentren, Kulturtreffs, gar kleine Denkwerkstätten. Die Wüste lebt! Aber sie grünt nicht. Denn die meisten dieser Projekte sind

sich selbst genug; ihre Ausstrahlung reicht nicht über die Kantons Grenzen hinaus. Für die Vision einer über den engsten Lebenskreis hinausgreifenden staatlichen Gemeinschaft gibt es keinen offensichtlichen Bedarf - und mithin auch kein Interesse an einer Erneuerung der demokratischen Institutionen.

An die glauben dafür eine Handvoll Reformer in den bürgerlichen Parteien. Sie wollen den Staat von innen heraus renovieren, sanft, wenn's geht, und so, dass man von aussen möglichst wenig sieht. Aber es hilft nichts: Jedesmal, wenn sie sich vorwagen, geraten sie ins schwere Abwehrfeuer ihrer rechten Gesinnungsgenossen. Der Widerspruch zwischen einer notwendigen (Notwendenden) Reform-Dynamik und der realen Reform-Unfähigkeit wird in den nächsten Jahren die gesamte politische Entwicklung bestimmen. FDP und CVP, die traditionellen Mittelparteien, könnten leicht, zwischen einer neuen, rational argumentierenden Bewegungs-Koalition - von Rot und Grün bis ins aufgeklärte Bürgertum - und einem dumpfen, emotional agierenden Block von Veränderungsunwilligen - vom Gewerbe-Freisinn bis zu den Fremdenhassern - zerrieben werden.

In diesem Kontext käme es einem Wunder gleich, wenn die Reformer nur ansatzweise jene Schubkraft erzeugen könnten, die für eine Erneuerung nötig ist. Denn ihre Argumentation müsste ungeschminkt radikal sein: Zurück zu den Wurzeln des revolutionären Liberalismus! Ohne Respekt vor dem Gewohnten müssten sie ein neues, gemeinschaftsstiftendes Konzept entwerfen, das das Land wieder an die Spitze der gesellschaftlichen Entwicklung katapultieren könnte. «Werden wir wieder zum sozialen und politischen Prüfstand wie in der Gründerzeit», könnte das Arbeits-Motto eines neuen Schweiz-Projektes heissen. Nutzen ausländische Anbieter die Schweiz nicht seit Jahren als idealen Testmarkt?

Am Anfang müsste eine neue Verfassung stehen, die nichts weniger versuchte, als die

höchste Flexibilität im institutionellen Bereich mit der grösstmöglichen Mitwirkung der Bevölkerung zu verbinden. Dafür müssten die Volksrechte ausgebaut statt abgebaut werden. Hauptziel dieses Gemeinwesens wäre nicht mehr die Gewerbefreiheit, sondern der umfassende Schutz der Umwelt und die Wohlfahrt der Menschen – was eine bescheidene, aber nachhaltige Prosperität nicht behindern, sondern eher fördern würde.

Wichtig für den Entwurf einer neuen Schweiz wäre die systematische Arbeit an der Lösung vieler sozialer und politischer Probleme. Die föderalistische Struktur des Landes, seine kulturelle und geografische Vielgestaltigkeit böten dafür ideale Voraussetzungen. Eine Menge Erfahrungen wären schon vorhanden – etwa im Bereich der Gemeindeautonomie, des Bildungswesens, des Umweltschutzes, der Drogenpolitik. Wegen der eigenen geringen personellen Ressourcen läge auch eine umfassende Förderung der Frauen im dringenden eigenen Interesse: Bildung und Fortbildung, Mutterschutz, Tagesschulen und konsequente Gleichstellung. Als erste könnte eine politisch reformierte Schweiz die allgemeine Dienstpflicht einführen. Niemand hat so viele Erfahrungen mit einem Milizsystem, niemand könnte aus finanziellen und personellen Gründen eine derartige soziale Errungenschaft besser gebrauchen. Konsequenterauszuschöpfen wären auch die multikulturellen Möglichkeiten des viersprachigen Landes – mit Fremdsprachenunterricht vom Kindergarten an, mit obligatorischem Schüleraustausch und dem Ziel, dass alle erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohner neben zwei einheimischen Sprachen mindestens noch eine dritte beherrschen.

Seine Dynamik müsste der radikale Reformprozess gleichermassen aus vielfältig engagierten Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern und aus der Wissenschaft beziehen können. Die Schriftstellerin Eveline Hasler stellte sich kürzlich vor, «dass alle, die in diesem Land leben, einen Tag freimachen. Niemand dürfte an diesem Tag arbeiten, und alle

müssten sich Gedanken machen, wie es mit unserem Land in Zukunft weitergehen soll».

Der fromme Wunsch liesse sich zu einem permanenten Motor für Innovation und Kreativität modifizieren. Ein ständiges Zukunftsparlament könnte als Ort der Auseinandersetzung aber auch der Koordination von Forschungs-Anstrengungen aller Disziplinen dienen, die Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Dieses Gremium befasste sich nicht mit der Formulierung von Gesetzen; es unterläge darum auch nicht dem parteipolitischen Proporz. Seine Wirksamkeit entfaltete es durch seine Durchlässigkeit – gleichzeitig offen in Richtung Wählerschaft und hin zum «Alltagsparlament», wo es ein Motionsrecht hätte.

Die grobe Skizze im konsequenten Irrealis soll nicht Auswege vorgaukeln, wo es keine gibt. Vielmehr illustriert sie die Hoffnungslosigkeit, die hierzulande Reformer befallen muss. Wie sollen sie an die Möglichkeit grundsätzlicher Änderungen glauben, wenn sich noch 1991 innert kürzester Zeit weit über 300 000 Bürgerinnen und Bürger finden, die eine Petition gegen die «Verteufelung des Automobils» unterschreiben?

Udenkbar, dass die Schweiz mit ihren beschränkten wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen ohne Vision einer eigenen Rolle in künftigen Vereinigten Staaten von Europa Bestand haben kann. Dabei ist es ganz gleich, ob die Glieder dieses Bundes dereinst in der Form von Regionen oder in ihren alten Nationalstaaten zusammenwachsen. In beiden Fällen müsste die Eidgenossenschaft, deren Teile sich einst als blosse Verteidigungsgemeinschaft zusammenfanden und dies auch immer blieben, ohne neue identitätsstiftende Perspektive unweigerlich auseinanderbrechen .

Wahrscheinlicher als ein finaler Hauskrach ist eine schleichende Erosion der Gemeinsamkeiten. Diese Entwicklung hat längst begonnen: Deutschschweizer Personalchefs klagen

über die rasant abnehmende Bereitschaft welscher Berufsleute, sich diesseits des Röstigrabens weiterzubilden, geschweige denn niederzulassen. Die Bundesverwaltung bekundet grösste Mühe, gemeinsam beschlossene Gesetze bei den Kantonen durchzusetzen. Selbst in Kleinigkeiten foutiert sich die Provinz um Anordnungen aus Bern, wenn sie nicht genehm sind.

In den Grenzregionen um Genf, dem Jura entlang, in der Nordwestschweiz um Basel, aber auch am Bodensee und im St. Galler Rheintal sind in den letzten Jahren die regionalen Kontakte verstärkt worden. Oft ist der grenzüberschreitende Dialog schon intensiver als das Gespräch unter schweizerischen Nachbarn. Wenn im Kernland der Deutschschweiz der Widerstand gegen die Integration nicht bald nachlässt, werden sich die Welschen als erste abmelden. Ein gemeinsamer Kanton Westschweiz, für den es schon Pläne gibt, könnte das Abdriften vorbereiten. Andere Fusionen würden folgen. Nach und nach ginge die Erosion in einen Auflösungsprozess über, der

auch durch plötzliche patriotische Aufwallungen nicht mehr aufzuhalten wäre.

Eine solche Selbstdemontage wäre selbstverständlich kein unbeeinflussbares Naturereignis. Wenn in nächster Zeit Szenarien über die Vor- und Nachteile eines ohnehin unausweichlichen EG-Beitritts formuliert werden, sollte deshalb auch die Möglichkeit einer geordneten Auflösung des schweizerischen Bundesstaates erforscht und vorbereitet werden. Ein eigenes Bundesamt ist dafür nicht nötig. Die Eidgenossenschaft aufzuheben, heisst ja, Hegel sei Dank, nicht nur, sie preiszugeben, sondern auch, sie gleichzeitig stückweise zu bewahren und auf eine höhere Stufe zu stellen.

© Jürg Bürgi, 27. 11. 1991

Der Text erschien in der Januar-Ausgabe 1992 des Wirtschaftsmagazins BILANZ unter dem Titel: «Wie weit es mit der Schweiz gekommen ist. Ausstieg aus der Geschichte»